



## Entwurf

Flurneuordnung Reichertsheim II  
Gemeinde Reichertsheim, Landkreis Mühldorf a.Inn

**Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach  
§ 41 Flurbereinigungsgesetz –FlurbG–  
Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 5 des Gesetzes über die Um-  
weltverträglichkeit –UVPG–**

### Bekanntmachung

Die Teilnehmergeinschaft Reichertsheim II wird beim Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern die Genehmigung des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach § 41 FlurbG beantragen.

Für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen war gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG i. V. m. Nr. 6.1 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen.

Diese Vorprüfung hat ergeben, dass das Vorhaben unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zur Folge haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Für diese Einschätzung sind im Wesentlichen folgende Gründe maßgeblich:

**Begründung:** Bei den beabsichtigten Maßnahmen in Reichertsheim II sind – beim Einhalten der Vermeidungs- und Minimierungsaufgaben - weder im Detail noch in der Gesamtheit der Maßnahmen Risiken hinsichtlich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen erkennbar oder zu erwarten. Diese Aussage bezieht sich auf die Schutzgüter Mensch, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna einschließlich artenschutzrechtlicher Belange und der biologischen Vielfalt, Klima und Landschaft einschließlich des Landschaftsbildes, sowie die Kultur- und Sachgüter einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen.

**Fazit der Umwelteinschätzung:** Beim derzeitigen Sachstand sind – beim Einhalten der Vermeidungs- und Minimierungsaufgaben - keine erhebli-

chen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes durch die vorgesehenen Maßnahmen erkennbar.

Es wird daher festgestellt, dass für das o. g. Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

München, 30.05.2018

Guido Romor  
Baudirektor